

LIDIA OWCZAREK

## Die Situation der nationalen Minderheiten in Polen während der Systemtransformation

Lidia Owczarek – Dr. phil.,  
lebt in Kielce

1 Nicht alle Bewohner der im 14. Jahrhundert vom Großfürstentum Litauen eroberten und nach der Personalunion mit dem Königreich Polen an die polnische Krone abgetretenen westrussischen Gebiete wurden in die Ethnogenese der Ukrainer einbezogen. Namentlich in den Gebieten, die nach den Teilungen Polens im 18. Jahrhundert unter die Herrschaft Österreich-Ungarns kamen, fühlen sich nicht wenige Ostslawen nach wie vor als ‚Russen‘ und nennen sich *Rusini* oder ähnlich, was ins Deutsche mit *Ruthenen* übersetzt wird – Anmerkung des Übersetzers.

2 Vgl. Wielka Ilustrowana Encyklopedia Powszechna (Große Illustrierte Enzyklopädie), Band XIII: Polen. Poznań 1995, S. 21-30 (Reprint).

Zwischenkriegspolen war ein Vielvölkerstaat. Nach der Volkszählung von 1921 hatte es etwas über 27,2 Millionen Einwohner. Die Polen stellten 69 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die übrigen gehörten zu nationalen Minderheiten. Es handelte sich dabei um Ukrainer beziehungsweise Ruthenen<sup>1</sup>, Belorussen und Deutsche (konzentriert in bestimmten Gebieten) sowie um Juden, Tschechen und Russen, die über das ganze Land verstreut lebten. In Ostpolen waren die in Enklaven lebenden Polen in der Minderheit. Die Ukrainer beziehungsweise Ruthenen bildeten die größte nationale Minderheit in Vorkriegspolen. Nach der Volkszählung von 1921 betrug ihr Anteil 17,3 Prozent (4,7 Millionen). Die Belorussen stellten 3,9 Prozent (1,6 Millionen). Der Anteil der Deutschen betrug mit annähernd 1,6 Millionen ebenfalls 3,9 Prozent. Im Jahre 1921 bekannten sich 2,1 Millionen (7,7 Prozent) zur jüdischen Nationalität, darüber hinaus weitere 700 000 zum Judentum.<sup>2</sup>

Die Minderheiten entfalteten ein eigenes Kulturleben, gaben eigene Zeitungen heraus. Politische Parteien der Minderheiten mit rechter Orientierung beteiligten sich an den Sejm- und Senatswahlen. Im Jahre 1922 bildeten sie einen *Block der Nationalen Minderheiten*, der bei den Wahlen im selben Jahr fast 16 Prozent und 1928 12,6 Prozent der Stimmen erhielt. Im Sejm schlossen sich die Abgeordneten der Minderheiten mit Ausnahme der linken Gruppierungen zu Fraktionen zusammen. So bildete sich je eine ukrainische, jüdische und deutsche Fraktion. Hinsichtlich der Möglichkeit, Parteien zu gründen, waren Belorussen und Ukrainer benachteiligt. Unter ihnen gab es die meisten Analphabeten. In der Westukraine existierten nicht einmal 500 Grundschulen, so daß nur jedes 15. ukrainische Kind eine Schule mit ukrainischer Unterrichtssprache besuchen konnte. Belorussische Schulen gab es überhaupt nicht. Ukrainer und Belorussen, die nicht polnisch lesen und schreiben konnten, verloren das aktive Wahlrecht.

Das von Hitlerdeutschland und der stalinistischen Sowjetunion bedrängte Polen war nicht in der Lage, normale Beziehungen zu seinen nationalen Minderheiten herzustellen. Häufig wurden sie mit administrativen – aber auch gewaltsamen – Methoden bekämpft. Es war also nicht verwunderlich, daß Minderheitenorganisationen, insbesondere ukrainische und belorussische, zahlreiche Protestaktionen in Gestalt von Schulboykots und Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen durchführten, aber es kam auch zu regelrechten Bauernrebellionen und Aufständen.

Nach 1945 änderten sich Zusammensetzung und Verteilung der nichtpolnischen Bevölkerung grundlegend. Die meisten Polen, die vorher ›hinter dem Bug‹ oder in anderen Gebieten der UdSSR gelebt hatten, bekundeten den Wunsch, sich im neuen polnischen Staatsgebiet niederzulassen. Gleichzeitig optierten Teile der ukrainischen und belorussischen Bevölkerung für die Umsiedlung in die Ukrainische und Belorussische SSR.

Zu einem großen Problem wurde für die neuen polnischen Behörden die Ansiedlung der Polen in den ›Wiedergewonnenen Gebieten‹ und die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung nach Restdeutschland. Der Beschluß über die Ausweisung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde auf der Potsdamer Konferenz gefaßt. Insgesamt wurden von 1946 bis 1949 2 275 075 Deutsche ausgesiedelt. Die Transporte wurden unter schwierigen Verkehrs- und Ernährungsbedingungen durchgeführt. Häufig kam es zu Gewaltakten. Gleichzeitig verließen auf der Grundlage von Verträgen zwischen der Provisorischen Polnischen Regierung und den Regierungen der Ukrainischen, Belorussischen und Litauischen SSR 518 000 Personen Polen in Richtung dieser Länder, und aus der UdSSR kamen zirka 1 528 000 Polen. Aus dem Westen kehrten etwa 2,3 Millionen nach Polen zurück.<sup>3</sup>

In diesem Zusammenhang sei auch die Aktion »Wisła« (Weichsel) erwähnt, die bis heute die polnisch-ukrainischen Beziehungen und die Lage der ukrainischen Minderheit in Polen prägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte ein Teil der Ukrainer, die einen unabhängigen ukrainischen Staat anstrebten, den bewaffneten Kampf sowohl gegen Polen als auch gegen die Sowjetunion begonnen. Der Plan »Wisła« sah vor, dem bewaffneten ukrainischen Untergrund durch Umsiedlungen, die gleichzeitig auch von sowjetischer Seite erfolgten, die Unterstützung durch die Bevölkerung zu entziehen. Etwa 4 000 Ukrainer wurden 1947 in einem Sonderlager interniert und 140 557 bis zum 12. August 1947 nach Schlesien und Pommern verbracht. Nach so vielen Jahren ändert sich in Polen allmählich die Einstellung zur Aktion »Wisła«, doch ist sie noch immer Gegenstand von Kontroversen und unterschiedlichen Beurteilungen. Seit 1989 wird der repressive Charakter und die Brutalität der ganzen Aktion, die unberechtigte Anwendung des Grundsatzes der kollektiven Verantwortung nicht mehr geleugnet. Politisch verurteilt wurde die Aktion »Wisła« in einer Resolution des Senats vom 3. September 1990. Der Sejm hat eine entsprechende Resolution bis zum heutigen Tage noch nicht angenommen.

In Polen, ähnlich wie auch in anderen Ländern des ›sozialistischen Lagers‹, wurde die nationale Frage in internationalistischem Sinne interpretiert. Den nationalen Minderheiten wurde wenig Beachtung geschenkt. Sowohl die Probleme der seit eh und je existierenden Minderheiten als auch die der durch die Grenzverschiebungen neu entstandenen, wurden als heikel angesehen. Wenn es in bestimmten Fällen nicht möglich war, ihre Existenz einfach zu ignorieren, wurde ihre zahlenmäßige Stärke als unbedeutend dargestellt und das Problem bagatellisiert. In der Praxis wurde ihre Assimilierung angestrebt.<sup>4</sup> So konnten die nationalen Minderheiten im Nachkriegspolen nur in einem sehr eingeschränkten und von der Polnischen Vereinten

3 Vgl. J. Buszko: Historia Polski 1864 – 1948 (Geschichte Polens von 1864 bis 1948), Warszawa 1984, S. 415 f.

4 Vgl. Z. Kurcz (Red.): Mniejszości narodowe w Polsce (Die nationalen Minderheiten in Polen), Wrocław 1997, S. 8.

Arbeiterpartei (PVAP) kontrollierten Umfang ihre nationalen Bestrebungen zum Ausdruck bringen und ihre Traditionen, ihre Sprache und Kultur pflegen.

Erst nach Gomułkas Rückkehr an die Macht im Oktober 1956 wurde es gestattet, ›gesellschaftlich-kulturelle Vereinigungen‹ zu gründen. Diese wurden jedoch vom Innenministerium beaufsichtigt und finanziert. In den Jahren 1956 bis 1958 entstanden einige Minderheitenorganisationen, darunter auch eine deutsche, die einige Dutzend Mitglieder hatte.

Nach Schätzungen machten die nationalen Minderheiten 1968 1,3 Prozent der Gesamtbevölkerung Polens aus. Insgesamt gab es damals 60 Schulen, in denen in Minderheitensprachen unterrichtet wurde.

Der 1989 in Polen eingeleitete Prozeß der Systemtransformation veränderte auch die Situation der nationalen Minderheiten. Die Beschränkungen für die öffentliche Bekundung der nationalen beziehungsweise ethnischen Identität wurden aufgehoben. Nach 1989 entstanden Einrichtungen für die Interessenvertretung der nationalen Minderheiten. Deren Repräsentanten begriffen, daß eine lediglich auf die Privatsphäre reduzierte nationale Kultur keine Entwicklungschancen hätte und nicht von Bestand sein würde. Dazu bedurfte es solcher Einrichtungen wie Schulen und Massenmedien sowie einer entsprechenden wirtschaftlichen Grundlage. Die durch die Systemtransformation bewirkten Veränderungen im Funktionieren der staatlichen Institutionen, die Art und Weise, wie nun Repräsentativorgane zustande kamen und die Angelegenheiten der Bürger behandelt wurden, veränderten grundlegend die Lage der nationalen Minderheiten. Mit der Abschaffung der Parteikontrolle über das öffentliche Leben wurden auch die formalrechtlichen Restriktionen hinsichtlich Zusammenschlüssen und Aktivitäten im Milieu der Minderheiten beseitigt. Diese nutzten die durch die im April 1989 beziehungsweise im Juli 1990 angenommenen Gesetze gegebenen allgemeinen Möglichkeiten zur Bildung von Vereinen beziehungsweise Parteien. Unter diesen Bedingungen stieg die Anzahl der Minderheitenorganisationen bis Ende 1992 von sieben auf 74 und stabilisierte sich dann auf diesem Niveau.

Die meisten von ihnen, insgesamt 35, rief die deutsche Minderheit ins Leben. Außerdem gibt es zwölf ukrainische, sieben belorussische, je drei jüdische und lemische<sup>5</sup>, zwei litauische und einzelne Vereinigungen von Tschechen und Slowaken, Griechen, Bulgaren, Armeniern, Franzosen, Tataren und Vietnamesen. Von Roma wurden sechs Organisationen gegründet. Ein solch beträchtlicher Anstieg der Anzahl von Minderheitenorganisationen erklärt sich vor allem damit, daß nur wenige von ihnen im ganzen Land vertreten sind. Das Wirken der meisten beschränkt sich auf eine Wojewodschaft oder sogar auf ein noch kleineres Gebiet. Die Minderheitenorganisationen unterscheiden sich nicht nur nach ihrer Größe, sondern auch nach Aktivität und Organisationsform. Im Laufe der Zeit schlossen sich einige von ihnen zu überregionalen Vereinigungen zusammen, und manche umfaßten schließlich ganz Polen.

Die deutsche Minderheit war bis 1990 lediglich durch den *Verband der Bevölkerung deutscher Herkunft* (Związek Ludności Pochodzenia Niemieckiego) mit Sitz in Wałbrzych vertreten.

5 *Lemken* nennt sich eine Untergruppe der Ruthenen – Anmerkung des Übersetzers.

Politische Parteien wurden im allgemeinen nicht geschaffen. Eine Ausnahme bilden die Belorussen, deren *Belorussische Demokratische Vereinigung* (Białoruskie Zjednoczenie Demokratyczne) die einzige Partei einer nationalen Minderheit in Polen ist.

Ein erster Ausdruck einer Aktivierung der Minderheiten nach 1989 war ihre Teilnahme an den Kommunalwahlen im Mai 1990. An den Sejmwahlen 1991 beteiligten sich vier Wählergemeinschaften nationaler Minderheiten: zwei deutsche, die *Wählergemeinschaft der Deutschen Minderheit* (Komitet Wyborczy Mniejszości Niemieckiej) mit Sitz in Opole sowie die *Wählergemeinschaft der Deutschen Minderheit »Versöhnung und Zukunft«* (Komitet Wyborczy »Pojednanie i Przyszłość«) aus Katowice, die *Belorussische Wählergemeinschaft* (Białoruski Komitet Wyborczy) und der *Wählerblock* (Blok Wyborczy), den Ukrainer, Litauer und Slowaken gegründet hatten.

Das polnische Wahlgesetz gewährt den Minderheiten mit dem Recht, eigene Wählergemeinschaften zu bilden, und der Befreiung von der Fünfprozentklausel gewisse Privilegien. Denn nur so ist es ihnen möglich, ihre Kandidaten ins Parlament zu bringen, was einigen Minderheiten auch gelang. Jedoch beschränkte sich ihre Vertretung auf nur wenige Abgeordnete.

Der polnische Staat stand dem sprunghaften Anstieg der Anzahl von Minderheitenorganisationen nicht gleichgültig gegenüber. Wichtig war die Schaffung einer Institution, die von Staats wegen die Verantwortung trug für die Unterstützung der Minderheiten und für die Zusammenarbeit mit den von ihnen gegründeten Organisationen. Als erster Schritt erfolgte 1989 die Bildung einer *Gruppe für Angelegenheiten der nationalen Minderheiten* beim Ministerium für Kultur und Kunst. Auf diese Weise wurde die Minderheitenproblematik vom Innenressort an ein völlig anderes Ressort verwiesen. Im Jahre 1992 wurde die Gruppe in ein *Büro für Angelegenheiten der nationalen Minderheiten* umgebildet und dieses 1998 in ein *Department für nationale Minderheiten*. Dieses unterstützt im Rahmen der zugeteilten Mittel finanziell die kulturellen Aktivitäten der Minderheiten, koordiniert das Zusammenwirken verschiedener Staatsorgane bei der Regelung von Minderheitenangelegenheiten und interveniert bei Konflikten.<sup>6</sup>

Im Jahre 1996 stellte das Ministerium für Kultur und Kunst den Minderheiten 23 Milliarden alte Zloty zur Verfügung. 1997 waren das 0,76 Prozent des Staatshaushaltes (im Vergleich zum Vorjahr entsprach der Zuwachs lediglich der Inflationsrate). Der Sejm bidete am 17. August 1989 einen *Ständigen Ausschuß für Angelegenheiten der Nationalen und Ethnischen Minderheiten*.<sup>7</sup>

Hauptziel der Förderung der kulturellen Aktivitäten nationaler Minderheiten ist die Bewahrung ihrer Identität. Dank der Finanzierung durch das Ministerium verfügt jede Minderheit über mindestens ein Periodikum in der Muttersprache. In den Jahren 1995 bis 1996 wurde die Herausgabe von 21, 1997 von 24 Periodika nationaler Minderheiten finanziert, 1998 waren es bereits 33. Ein wichtiges Element der Minderheitenpolitik ist die Erleichterung des Zugangs zum öffentlichen Rundfunk und Fernsehen. Dies wurde garantiert durch das am 28. Dezember 1992 angenommene Rundfunk- und

6 Vgl. Wyznania religijne, stowarzyszenia narodowościowe i etniczne w Polsce. Informator dokumentacyjno-statystyczny (Glaubensbekenntnisse, nationale und ethnische Vereinigungen in Polen. Dokumentarisch-statistische Informationen), Warszawa 1993, S. 150.

7 Vgl. J. Kuroń: Działania Sejmu w zakresie zwalczania ksenofobii i nietolerancji (Das Wirken des Sejms bei der Bekämpfung von Xenophobie und Intoleranz), in: Nietolerancja, rasizm, ksenofobia (Intoleranz, Rassismus, Xenophobie): Centrum für Information und Dokumentation des Europarates. Europa-Zentrum der Universität Warszawa, Bulletin 1/99, Warschau 1999, S. 50-52.

Fernsehgesetz. Das Polnische Fernsehen popularisiert das Anliegen der Minderheiten in Sonderprogrammen, die in ganz Polen sowie über Regionalsender ausgestrahlt werden. Die deutsche Minderheit beispielsweise strahlt in Katowice monatlich die Sendung »Ober-schlesien-Journal« aus.

Die Regionalprogramme des Polnischen Rundfunks werden seit über 30 Jahren auch in Ukrainisch und Belorussisch gesendet, seit 1990 in Litauisch und in Deutsch seit Mitte 1991.

Allmählich wird auch das Problem der Unterrichtung der Jugend in den Muttersprachen geregelt, obwohl dies nach wie vor als konfliktträchtig angesehen wird. Noch immer fehlen qualifizierte Lehrer. Gegenwärtig haben 12 000 Schülerinnen und Schüler aus den Minderheiten in über 160 Schulen ihre Muttersprache als Unterrichtsfach. Das Ministerium für Kultur und Kunst und das Volksbildungsministerium finanzieren gemeinsam die Erarbeitung und Herausgabe von Lehrbüchern für den muttersprachlichen Unterricht.

Der polnische Staat fördert auch die Aktivitäten der Minderheiten bei der Pflege ihrer Traditionen und ihrer Kultur – unterstützt werden Festivals, Wettbewerbe, Lesungen, Konzerte oder Theateraufführungen. Erwähnenswert sind unter anderem die von der belorussischen Minderheit veranstalteten Festivals »Belorussisches Lied« und »Białystok – Grodno«, das Folklorefest der slowakischen Minderheit in Niedzica, das alle zwei Jahre veranstaltete Ukrainische Kulturfestival, das 1995 erstmalig in Przemyśl stattfand, das litauische »Saskrydis« (Treffen), Chor- und Orchesterkonzerte, alljährlich stattfindende Erntedankfeste sowie auch die vom Joseph-von-Eichendorff-Konservatorium durchgeführten Veranstaltungen. Finanzielle Unterstützung leisten auch die Wojewodschaftsämter und die Kommunalverwaltungen in den von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten. Aus den Haushalten der Wojewoden werden vor allem die von den Vereinigungen der Minderheiten organisierten zyklischen Veranstaltungen finanziert. Von den wichtigsten Veranstaltungen der letzten Jahre dieses Typs sind zu nennen: die Internationalen Treffen von Roma-Gruppen »Romane Dywesa« in Gorzów Wielkopolski, das Festival »Białystok – Grodno«, das gemeinsam von mehreren Minderheitenvereinigungen organisierte Festival der Nationalen Minderheiten in Gdańsk, das Internationale Festival der Kirchenmusik in Hajnówka.<sup>8</sup>

Nach 1945 wurde auf offizielle Nationalitäten- und Konfessionsstatistiken verzichtet. Deshalb beruhen alle Angaben über die zahlenmäßige Stärke von Minderheiten auf Schätzungen. Im Jahre 1992 wurden zwei Befragungen durchgeführt, die einige Orientierungsdaten über die zahlenmäßige Stärke einiger Minderheiten erbrachten.<sup>9</sup> Danach ist Polen in nationaler Hinsicht im wesentlichen ein homogenes Land. Die nationalen Minderheiten bilden nur einen geringen Teil der Bevölkerung – drei bis vier Prozent. Die Gesamtzahl wird auf etwas über eine Million Einwohner geschätzt. Präzisere Zählungen ergeben rund 1,25 bis 1,3 Millionen. Die zahlenmäßig stärkste Minderheit stellen die Deutschen mit etwa 700 000 Mitgliedern. Die deutsche Minderheit mußte viele Jahre um ihre Anerkennung kämpfen. Erst 1989 gestanden die polnischen Behörden die Existenz einer deutschen Bevölkerungsminderheit ein. Sie lebt über ganz Polen

8 Vgl. J. Wnuk-Nazarowa: Mniejszości narodowe w Polsce (Die nationalen Minderheiten in Polen), in: Nietolerancja, rasizm, ksenofobia (Intoleranz, Rassismus, Xenophobie), a. a. O. S. 58 f.

9 Vgl. Wyznania religijne, stowarzyszenia narodowościowe i etniczne w Polsce, a. a. O., S. 141.

verstreut, konzentriert sich aber vor allem in Schlesien, Pommern, Masuren und im Ermland. Die Angehörigen der deutschen Minderheit dürfen wieder ungehindert ihre Muttersprache sprechen und Kulturveranstaltungen in deutscher Sprache organisieren. Ihre vielfältigen kulturellen Aktivitäten bestehen sowohl aus regionalen als auch aus lokalen Veranstaltungen. Auf lokaler Ebene konzentriert sie sich auf Klubs, Lehrgänge der deutschen Sprache, Bibliotheken, Chor- und Orchestertätigkeit. Besonders tut sich dabei das Joseph-von-Eichendorff-Konservatorium in Opole hervor, das die Intelligenz schlesischer Herkunft um sich schart und die deutschen Kulturtraditionen Schlesiens pflegt. Erwähnung verdient auch die seit 1994 in Bytom wirkende Autoren- und Künstlervereinigung der deutschen Minderheit. Ein ernsthaftes Hindernis in der Tätigkeit aller Vereinigungen der deutschen Minderheit ist das geringe Engagement der Jugend. Die meisten jungen Deutschen beherrschen das Deutsche nicht und können sich deshalb nicht aktiv an deutschsprachigen Veranstaltungen beteiligen. Erstrangige Bedeutung erlangt so die Entwicklung des Schulwesens mit Deutsch als Unterrichtssprache. Ein Deutscher Schulverein wurde bereits ins Leben gerufen. Gegen Ende der neunziger Jahre lernten im Gebiet von Opole 13 200 Kinder in 132 Schulen Deutsch als Muttersprache und 25 000 in 133 Schulen Deutsch als Fremdsprache.<sup>10</sup> Von 291 Deutschlehrern hatten jedoch 154 keine entsprechende Ausbildung, vor allem auf den Gebieten deutsche Literatur und Geschichte.

Die deutsche Minderheit im Opper Schlesien hat Einrichtungen und Organisationen gegründet, die auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region hinarbeiten. Als eine der aktivsten wurde 1991 der *Schlesische Entwicklungsfonds* (Fundacja Rozwoju I ska) geschaffen. Er gewährt kleinen und mittleren Unternehmern Kredite zu niedrigen Zinsen. Im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung wirkt auch der Gemeindeverband »Aqua Silesia«, der Wasserleitungen baut. Bislang hat der Verband in der Wojewodschaft Opole 55 km Wasserleitungen verlegt und einige Klärwerke errichtet. Im Juli 1995 ließen die Funktionäre der deutschen Minderheit im Gebiet von Opole eine *Interregionale Wirtschaftskammer* registrieren. Die deutsche Minderheit beteiligt sich aktiv an der Modernisierung der Landwirtschaft. In den Dörfern des Gebiets von Opole vereinigt der *Verband Schlesischer Landwirte* (Związek Rolników Śląskich) annähernd 3 000 Bauern deutscher Herkunft. Die deutsche Minderheit nimmt auch aktiv am politischen Leben teil. Bei den Wahlen 1991 bewarben sich ihre Kandidaten in zehn Wahlkreisen um Sejmandate. Sie erzielten in ganz Polen 137 167 Stimmen, was sieben Abgeordneten den Einzug ins Parlament ermöglichte. Bei den Wahlen 1993 erhielten die deutschen Kandidaten jedoch im Landesmaßstab nur 110 454 Stimmen, was vier Mandate erbrachte. Dieser Rückgang wird mit der zunehmenden Interessendifferenzierung innerhalb der deutschen Wählerschaft erklärt.<sup>11</sup> Demgegenüber beweisen die Kommunalwahlen ein Anwachsen der deutschen Wählerschaft. Am stärksten wird dies am Beispiel der ehemaligen Wojewodschaft Opole deutlich. Im Jahre 1990 errangen dort die Kandidaten der deutschen Minderheit 26,4 Prozent der Mandate. Bei den Kommunalwahlen 1994 waren es bereits 38,9 Prozent.<sup>12</sup>

10 Vgl. D. Berlińska, P. Madajczyk: *Mniejszość niemiecka w Polsce* (Die deutsche Minderheit in Polen), in: B. Berdychowska (Red.), *Mniejszości narodowe w Polsce. Praktyka po 1989 roku* (Die nationalen Minderheiten in Polen. Die Praxis nach 1989), Warszawa 1998, S. 115-120.

11 Vgl. Z. Kurcz: *Mniejszość niemiecka w Polsce: Geneza, struktura, oczekiwania* (Die deutsche Minderheit in Polen: Herkunft, Struktur, Erwartungen), in: Z. Kurcz (Red.), *Mniejszości narodowe w Polsce*, a. a. O., S. 104.

12 Vgl. D. Berlińska: *Analiza ostatnich wyborów samorządowych i prezydenckich w województwie opolskim* (Analyse der letzten Kommunal- und Präsidentschaftswahlen in der Wojewodschaft Opole), in: *Śląsk Opolski*, 2/1991; *Gutes Ergebnis für deutsche Minderheit*, in: *BdV-Nachrichten* 5/1994, S. 4.

Die ukrainische Minderheit zählt etwa 300 000 Personen. Sie ist über ganz Polen verstreut. Die stärksten Konzentrationen befinden sich in Nord- und Westpolen. Eine ganze Reihe von Problemen, die den Dialog zwischen Polen und Ukrainern erschweren bedürfen dringend der Regelung. So müssen die rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen der Aktion »Wisła« überwunden werden. Es muß anerkannt werden, daß die Internierung von 4 000 Ukrainern im Arbeitslager Jaworzna rechtswidrig war, und daß die Betroffenen den gleichen Anspruch auf Entschädigung haben wie die Polen, die in Nazi-Konzentrationslagern waren. Dem *Verband der Ukrainer* muß das Recht zuerkannt werden, die Immobilien zu übernehmen, die nach 1946 ukrainischen juristischen Personen weggenommen wurden. Sollte dies nicht möglich sein, müßte ein Anspruch auf Kompensation anerkannt werden. Der III. Kongreß des Verbandes der Ukrainer, der im Juni 1996 in Warschau tagte, warf den polnischen Behörden vor, daß sie auf die Forderungen der ukrainischen Minderheit nicht reagieren. Die Ukrainer finden außerdem, daß in der polnischen Presse viele Artikel erscheinen, in denen die Aktivitäten der ukrainischen Organisationen negativ dargestellt werden.

13 Vgl. K. Podlaski: *Białorusini, Litwini, Ukraińcy* (Belorussen, Litauer, Ukrainer), Białystok 1990.

Auch die Anzahl der in Polen lebenden Belorussen wird auf etwa 300 000 Personen geschätzt.<sup>13</sup> Sie siedeln kompakt im Südosten von Białystok. Die Belorussen bilden hier die Mehrheit der Landbevölkerung. Die Intelligenz besitzt ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein und stellt die Elite der belorussischen Vereinigungen. Es fehlen die mittleren Gesellschaftsschichten, vor allem die städtische Bevölkerung, mit belorussischer Identität. Über Jahre hat sich zwischen den Polen und der belorussischen Minderheit ein Stereotyp der gegenseitigen Feindschaft herausgebildet. Unter den Belorussen herrscht die Auffassung, ihre Existenz bedrohten »zwei Imperialisten« – Rußland und Polen. Viele Polen wiederum meinen, die Belorussen seien im besten Falle russifizierte Polen, die einer »nationalen Umerziehung« unterzogen werden müßten. Tatsache ist, daß die Belorussen in Polen die einzige große nationale Minderheit sind, die von Polonisierung bedroht ist. Auch nach 1989 verloren sie nicht die Furcht, das Bekenntnis zu ihrer Nationalität könnte ihnen Schwierigkeiten im Privatleben und in der Öffentlichkeit einbringen. Die häufig auftauchenden, von polnischen nationalistischen und rechtsextremistischen Gruppierungen verfaßten antibelorussischen Flugblätter sowie die Schwierigkeiten, auf die die orthodoxe Kirche bei ihren Bemühungen um die Rückerstattung ihres seinerzeit konfiszierten Eigentums stößt, verstärken das Gefühl der Unsicherheit bei den Angehörigen der belorussischen Minderheit.

Die zahlenmäßige Stärke der übrigen nationalen Minderheiten liegt weit unter der von Deutschen, Ukrainern und Belorussen. So werden die Litauer auf 20 000 bis 30 000 Personen geschätzt. Sie bewohnen geschlossen ein kleines Gebiet nordöstlich von Suwalki. Ihr Schulwesen ist im Vergleich mit den anderen Minderheiten gut organisiert.

Hinsichtlich der Slowaken schwanken die Schätzungen zwischen 10 000 und 20 000. Es handelt sich hauptsächlich um die Bevölkerung aus ursprünglich zu Ungarn gehörenden kleineren Gebieten, die 1920 bei einer Grenzbeogradigung an Polen fielen. Die etwa 3 000

in Polen lebenden Tschechen sind hauptsächlich Nachkommen von Immigranten, die schon vor langer Zeit eingewandert sind. Slowaken und Tschechen haben den geringsten Zugang zu den Massenmedien. Sie haben keinerlei eigene Rundfunk und Fernsehsendungen.

Die jüdische Bevölkerung Polens ist nicht sehr zahlreich und meist hochgradig polonisiert. Die Repräsentanten dieser Gruppe vermeiden in der Regel die Definition als »nationale Minderheit«, weil sie sich – wie schon ihre Vorfahren – ihrer engen Verbundenheit mit der Kultur und Geschichte bewußt sind. Die zahlenmäßige Stärke der jüdischen Bevölkerung Polens auch nur schätzungsweise anzugeben, ist äußerst schwierig. Ihre Repräsentanten nennen Zahlen von 5 000 bis 10 000. Manche Autoren schreiben von 15 000. In Polen gibt es keine die gesamte jüdische Bevölkerung repräsentierende Organisation. Die größte ist die *Kulturgesellschaft* (*Społeczno-Kulturalne Towarzystwo*) der Juden in Polen, in der in 16 Abteilungen etwa 3 000 Personen organisiert sind. Zu den Problemen, die von den Repräsentanten der jüdischen Bevölkerung am häufigsten vorgebracht werden, gehören: die rechtliche Stellung der jüdischen Gemeinden und die Klärung der Frage des materiellen Nachlasses der ehemaligen Gemeinden, Erscheinungen des Antisemitismus, die Regelung des Status des Museums in Auschwitz und seiner Umgebung, die Unterstützung des Wirkens der jüdischen Organisationen durch die Staatsorgane, der Dialog über die gemeinsame Geschichte von Polen und Juden. Die Juden Polens stehen jetzt vor dem Problem der Bestimmung ihrer Identität. Denn seit einigen Jahren ist bei uns ein Prozeß der Deassimilation zu beobachten. Sehr junge Menschen und etwa Dreißigjährige entdecken ihre jüdische Herkunft als etwas wichtiges und wesentliches. Forscher sprechen von der Wiedergeburt einer jüdischen Gemeinschaft in Polen.<sup>14</sup>

Es wird geschätzt, daß in Polen etwa 20 000 Roma leben. Sie sind kaum in offiziellen Vereinigungen organisiert. Das hängt mit einer starken Differenzierung in einzelne ziemlich isolierte Gruppen, die auch durch sprachliche Unterschiede getrennt sind, sowie mit dem fast vollständigen Fehlen einer eigenen Intelligenz zusammen. Was ihre Situation als nationale Minderheit betrifft, haben es die Roma in Polen wohl am schwersten. Sie sind in der Gesellschaft nicht geachtet und werden nicht selten als Bürger zweiter Klasse behandelt. Sie fühlen sich diskriminiert. Das mußte auch der Kongreß der Roma aus Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Makedonien, Serbien und Bulgarien feststellen, der im November 1997 in Łódź tagte.

Die russische Minderheit zählt etwa 10 000 bis 13 000 Personen. Hinsichtlich des Zeitpunktes ihrer Ansiedlung lassen sich zwei Gruppen unterscheiden. Die einen sind nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Polens 1918 im Lande geblieben. Die anderen sind Nachkommen der Altgläubigen, die im 17. Jahrhundert nach Polen auswanderten.

Die Anzahl der Franzosen dürfte tausend nicht überschreiten. Die bulgarische Minderheit zählt etwa 25 000 Menschen. In den fünfziger Jahren kam eine griechische Minderheit nach Polen, die gegenwärtig 4 500 bis 5 000 Personen zählt. Die vietnamesische Minderheit, deren Zahl auf 7 000 bis 10 000 geschätzt wird, besteht hauptsächlich aus ehemaligen Studenten. Viele sind hier geblieben,

14 Vgl. H. Datner, M. Melchior: *Żydzi we współczesnej Polsce – nieobecność i powroty* (Die Juden im heutigen Polen – Nichtexistenz und Rückkehr), in: Z. Kurcz (Red.), *Mniejszości narodowe w Polsce*, a. a. O., S. 77.

haben Familien gegründet und sich für immer in Polen niedergelassen. Die Vietnamesen spielen eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben. Die Anzahl der Tataren beläuft sich auf 6 000 bis 8 000. 1997 waren es 600 Jahre, daß sich Angehörige dieser Völkerschaft in Polen niederließen. In Polen leben auch einige tausend Armenier. Die kleinste nationale Gruppe bilden die Karaim, von denen es höchstens 200 gibt.

Seit einiger Zeit untersucht das *Zentrum zur Erforschung der Öffentlichen Meinung – ZEÖM* (Centrum Badania Opinii Społecznej – CBOS) das Verhältnis der Mehrheitsbevölkerung zu den polnischen Bürgern fremder Herkunft sowie den Wissensstand hinsichtlich der zahlenmäßigen Stärke der nationalen Minderheiten. Die erste dieser Untersuchungen wurde im Juli 1994 durchgeführt.<sup>15</sup> Es stellte sich heraus, daß 81 Prozent der Polen überzeugt sind, es gebe weniger Angehörige nationaler Minderheiten im Lande als die offiziellen Statistiken angeben. Nur jeder fünfte (19 Prozent) nennt eine der demographischen Realität entsprechende Zahl.

Die größten Sympathien hegen die Polen gegenüber Slowaken und Tschechen. Antipathie bekundeten lediglich sieben beziehungsweise neun Prozent, Sympathie dagegen 42 beziehungsweise 38 Prozent. Fast ein Drittel der Befragten findet Litauer (32 Prozent) und Deutsche (28 Prozent) sympathisch. Bei letzteren halten sich jedoch Sympathie und Antipathie (30 Prozent) fast die Waage, während bei den Litauern den 32 Prozent ein Antipathiewert von nur 18 Prozent gegenübersteht. Gemischte Gefühle wecken bei den Polen – abgesehen von den Deutschen – auch die Belorussen. Fast die Hälfte der Befragten (47 Prozent) war außerstande, seine Einstellung zu ihnen eindeutig zu bestimmen. Die Angehörigen der übrigen Minderheiten wecken bei Polen eher negative Gefühle. Besonders negativ ist die Einstellung gegenüber den Roma (54 Prozent). Ein beträchtlicher Prozentsatz ist auch zu Ukrainern (42 Prozent) und Juden (37 Prozent) negativ eingestellt. Die negative Einstellung gegenüber Russen entspricht der gegenüber Deutschen (30 Prozent), die positive ist dagegen etwas geringer als die gegenüber Deutschen.

Die folgende Untersuchung des ZEÖM im August 1999 ergab, daß sich die Einstellung der Polen zu einigen Minderheiten verbessert hat, während sie zu anderen gleich blieb.<sup>16</sup> Deutlich veränderte sich die Einstellung zu den Roma. Die Anzahl derjenigen, die Sympathie gegenüber den Angehörigen dieser Minderheit bekundeten, erhöhte sich um fünf Punkte auf 16 Prozent, während sich der Anteil derjenigen, denen sie unsympathisch sind, um 15 Punkte (von 54 Prozent auf 39 Prozent) verringerte. Größere Sympathie als 1994 empfinden die Polen für die Tschechen. Es verringerte sich auch die Antipathie gegenüber den Litauern, Deutschen, Ukrainern, Russen und Belorussen. Unverändert sind die Gefühle der Polen gegenüber den Slowaken. Gleichzeitig erhöhte sich der Prozentsatz der Befragten, deren Einstellung gegenüber den Juden weder von Sympathie noch von Antipathie geprägt ist.

Polen ist 1969 der Konvention gegen jedwede Form von Rassendiskriminierung beigetreten. Das *Komitee für die Beseitigung der Rassendiskriminierung* (CERD) bei der UNO befand im Januar

15 Vgl. Stosunek Polaków do przedstawicieli mniejszości narodowych, mieszkających w Polsce (Die Einstellung der Polen zu Angehörigen der in Polen lebenden nationalen Minderheiten). Forschungsbericht des ZEÖM, Warszawa, November 1994.

16 Vgl. Stosunek Polaków do przedstawicieli mniejszości narodowych (Die Einstellung der Polen zu Angehörigen nationaler Minderheiten). Forschungsbericht des ZEÖM, Warszawa, September 1999, S. 5.

1998, daß die Rechte nationaler Minderheiten in Polen noch nicht vollständig garantiert sind. Besonders hingewiesen wird auf den Schutz der Rechte der Roma und auf das Recht der Kinder nationaler Minderheiten auf Unterricht in der Muttersprache. Das Komitee stellte fest, daß Polen zusätzliche Schritte unternehmen muß, um den nationalen Minderheiten ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu garantieren. Es wurde eingeräumt, daß sich das Recht der Minderheiten auf Arbeit und Wohnung in einem Land, das sich im Prozeß der Systemtransformation befindet, nicht ausreichend sichern läßt. Generell kann gesagt werden, daß in Polen nach 1989 viel getan wurde, um sich den geltenden Standards anzunähern. Dennoch gibt es eine Reihe von Problemen, die noch der Lösung harren.

(aus dem Polnischen von RONALD LÖTZSCH)